



Karl Koller

Nova EUropa: Eine moderne christlich-soziale Politik und die Erkenntnis der historischen Notwendigkeit eines kern-europäischen Bundesstaates

Während in den Staaten Europas, gerade auch in Österreich, der politische Kleinkrieg um Nebensächlichkeiten tobt und die politische Auseinandersetzung zeitweise ins kabarettistische abgleitet, sind – von der Politik nur phasenweise beachtet – Entwicklungen im Gange, die unserem schönen Leben ein Ende machen werden ... so wir nicht rechtzeitig gegensteuern! Die christlich-soziale Plattform "Nova EUropa" – in deren Vorstand mit Marina Brandtner, Christoph Korosec und mir drei Noricer vertreten sind – hat es sich zur Aufgabe gemacht, ein integriertes Politikkonzept zu entwickeln, das die miteinander vernetzten Problemstellungen angeht und den Zug der Lemminge stoppen kann. Als Christen orientieren wir uns dabei an Grundwerten wie "Bewahrung der Schöpfung", Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit und entwerfen – indem wir ideologische Hindernisse von Gestern, die Lösungen abträglich sind, von Bord werfen – eine moderne christlich-soziale Politik.

Jeder kennt sie, die großen Problemstellungen unseres Jahrhunderts – den Klimawandel, die Globalisierung, Terrorismus, Islamismus ... ich darf die wichtigsten hier anreißen:

1. "Milliarden von Menschen droht eine verstärkte Wasserknappheit, Dürren und Hitzewellen werden zunehmen und zwanzig bis dreißig Prozent aller Tier- und Pflanzenarten in den nächsten Jahrzehnten aussterben" – so der zweite UN-Klimabericht, veröffentlicht im April dieses Jahres. Der Klimawandel findet statt – auch wenn keine zusätzlichen Treibhausgase mehr in die Atmosphäre geblasen werden. 20 % Treibhausgasreduktion (d.h. weiterhin ein jährlicher Ausstoß von 80 % des bisherigen Niveaus!) bis 2020, wie es sich die EU zum Ziel gesetzt hat, wirken da lächerlich – ein Tropfen auf den heißen Stein, insbesondere da andere Weltgegenden den jährlichen Treibhausgasausstoß noch steigern werden!
Jedem, der nicht mit Blindheit, Dummheit oder beidem geschlagen ist, müsste wohl klar sein, dass es nur eine Lösung gibt, um die Klimakatastrophe (nicht den Klimawandel) zu verhindern: Den Totalausstieg aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe! Gemäß dem dritten UN-Klimabericht vom Mai dieses Jahres muss spätestens ab 2015 der Treibhausgasausstoß um 50 % bis 85 % sinken. Dazu bedarf es gewaltiger Anstrengungen im Bereich des Energiesparens, der erneuerbaren Energieträger und auch Nuklearenergie darf kein Tabu sein! Erreichbar wird das nur mit einer sukzessive steigenden Besteuerung fossiler Energieträger – also mit einer ökologischen Steuerreform, durch die zum Ausgleich andere Steuern gesenkt und im Rahmen eines größeren Gesamtkonzepts insb. die Belastung des Faktors Arbeit reduziert wird.
2. Während Konzerne jedes Jahr neue Gewinnrekorde melden, sinkt in ganz Europa der Anteil der Löhne am Volkseinkommen. Breite Schichten der Bevölkerung sehen sich von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt – die Gerechtigkeitslücke wächst und die europäische Binnennachfrage schwächelt. Die Diagnose: Verteilungspolitik zu betreiben ist, wie Wirtschaftspolitik überhaupt, in der globalisierten Wirtschaft – bei nach wie vor nationalen politischen Akteuren – unmöglich geworden. Wirtschaftspolitik wurde durch Standortpolitik ersetzt – sie führt über niedrige Lohnabschlüsse, sinkende Steuern für Unternehmensgewinne, für hohe Einkommen und für Vermögen sowie nicht mit der wachsenden Zahl an Pensionisten mitwachsenden Pensionsausgaben und entsprechend dem Bedarf wachsenden Gesundheits- und Sozialausgaben zu einer laufenden Umverteilung vom Mittelstand und den wirklich Armen zu den Reichen und Superreichen!
Die Menschen mögen noch so unzufrieden sein – die europäischen Nationalstaaten und deren Staatenbund, die EU, können diese Entwicklung nicht nachhaltig aufhalten. Um den Primat der Politik über die Wirtschaft – die Grundvoraussetzung für Soziale Marktwirtschaft – wiederherzustellen, bedürfte es einer zumindest europäischen Wirtschafts-, d.h. Steuer-, Sozial-, Konjunktur- ...-politik. Und noch etwas sollte uns klar sein: In einer von der Ideologie des Neoliberalismus beherrschten globalisierten Welt wird auch eine noch so einheitliche eu-

ropäische Politik die Soziale Marktwirtschaft nicht aufrechterhalten können. Europa muss also für die Globalisierung der Sozialen – noch besser, der Ökosoziale Marktwirtschaft eintreten!

3. Während die weltweite Bevölkerungsexplosion anhält, leidet Europa unter viel zu niedrigen Geburtenraten. Angesichts von Geburtenraten von 1,36 (Deutschland) oder 1,42 (Österreich) ist ein starker Schrumpfungsprozess im Gange, der mit einer wachsenden Überalterung einhergeht. Frankreich zeigt – es geht auch anders! Basis der französischen Geburtenrate von 1,9 sind soziale Sicherheit und ganztägige Kinderbetreuung – von Kleinkinderkrippen über Ganztagskindergärten bis zu Ganztagschulen! 2050 werden nach einer Studie des "Wiener Instituts für Demografie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften" zwischen 14 % und 26 % der Bevölkerung Österreichs Muslime sein, an den Schulen werden sie die stärkste Gruppe stellen. In manchen Ländern Europas wird dieser Prozentsatz deutlich höher sein.

Was muss angesichts dieser Fakten geschehen?

- Nun, solange Europas Geburtenraten zu niedrig sind – familienpolitische Maßnahmen wirken sich erst in 20 bis 25 Jahren aus – sollten aktiv Zuwanderer angeworben werden – die richtigen Altersgruppen, Qualifikationen, annähernd gleich viele Frauen und Männer! Und wir brauchen Zuwanderer, die sich mit den europäischen Wertvorstellungen identifizieren – unseren Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit, von der Menschenwürde, den Menschenrechten, vor allem der Gleichberechtigung von Mann und Frau! Um ein Gegengewicht zum wachsenden islamischen Bevölkerungsanteil zu schaffen, sollten Europas Staaten Menschen mit einem kulturell christlichen Hintergrund, Einwanderer aus dem südlichen Afrika und aus Lateinamerika, nach Europa einladen.
- Gerade wir Christdemokraten müssen uns von ideologischen Positionen von Gestern verabschieden – von der Verteufelung der Kinderkrippen, der Ganz- als "Zwangs"tagsschulen ... Wollen wir wieder mehr eigene Kinder, so haben wir gar keine andere Wahl als einen Rechtsanspruch auf einen Krippen- und Ganztagskindergartenplatz zu schaffen und die Ganztagschule einzuführen – moderne Frauen lassen sich nicht zu Kindern und Küche zurückdrängen. Längst besteht auch nicht mehr die Gefahr, dass Bürgerkindern in Ganztags- und Gesamtschulen der Sozialismus eingebläut wird. Dafür besteht heute die Gefahr, dass Kinder, die im Milieu islamischer Parallelgesellschaften aufwachsen, in einem Wertesystem sozialisiert werden, das den Menschenrechten diametral entgegensteht. Gerade mit einer konsequent laizistischen Erziehung in Ganztagschulen kann hier gegengesteuert wer-

Prominente Nova Europa-Mitglieder:

Präsidium:

DDr. Friedrich König
Vorsitzender des Präsidiums
Obmann des ÖVP-Nationalratsklubs a.D.,
Mitglied des Europäischen Parlaments a.D.

Dr. Werner Fasslabend
Präsident der Politischen Akademie der
ÖVP, Nationalratspräsident a.D.,
Bundesminister a.D.

Botschafter Dr. Erich Hochleitner
Direktor des Österreichischen Instituts
für Europäische Sicherheitspolitik

LAbg. Ingrid Korosec
Abgeordnete zum Wiener Landtag,
Volksanwältin a.D.,
Generalsekretärin der ÖVP a.D.

General Karl Majcen
Generaltruppeninspektor i. R.

Univ.-Prof. Dr. Heinrich Neisser
Nationalratspräsident a. D.,
Bundesminister a.D.

DI Dr. Josef Riegler
Vizekanzler a.D.
Bundesparteiohmann der ÖVP a.D.

Botschafter Dr. Manfred Scheich
Früherer ständiger Vertreter Österreichs
bei der Europäischen Union

LAbg. Dr. Matthias Tschirf
Klubobmann der ÖVP-Fraktion im
Wiener Landtag und Obmann des
Wiener ÖAAB

Prof. DI Dr. Heinrich Wohlmeyer
Honorarprofessor an der
Universität für Bodenkultur, Wien,
Generaldirektor a.D.

Pater Ulrich Zankanella OFM
Leiter des Hilfswerks "Franziskaner
für Mittel- und Osteuropa"
Altprovinzial der Wiener Franziskanerpro-
vinz

Weitere prominente Mitglieder:

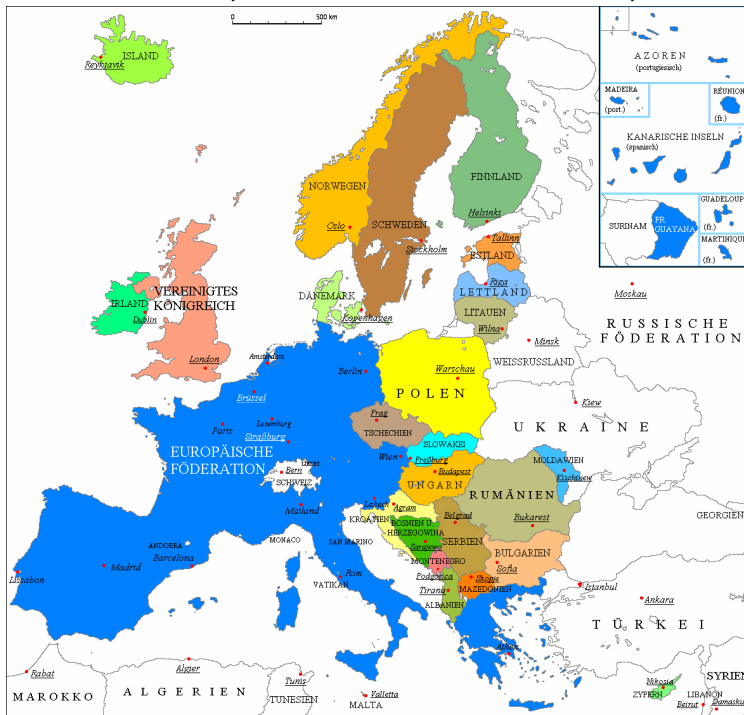
LAbg. Mag. Wolfgang Gerstl
Stv. Klubobmann der ÖVP-Fraktion
im Wiener Landtag

Mag. Andreas Zakostelsky
Geschäftsführer Raiffeisen Capital Mana-
gement

den – wobei Schulpflicht statt Unterrichtspflicht herrschen muss. Gefahr für die Errungenschaften der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geht nämlich nicht per se von den Muslimen aus, sondern von jenem Teil, der sich zu einem rückschrittlich-traditionalistischen oder zu einem islamistischen Islam bekennt.

- Die Hinwendung zu einem radikalen Islam bedroht nicht nur unser Wertesystem in Europa – sie gefährdet auch Europas innere - und äußere Sicherheit. So wie im Zeitalter der Globalisierung die Ökosoziale Marktwirtschaft global durchgesetzt werden muss, so kann auch der Kampf gegen den Islamismus nur global gewonnen werden! Auch deshalb dürfen uns die Rechte und das Schicksal von Frauen in islamischen Staaten nicht egal sein. Und dieser Kampf muss in all seinen Zusammenhängen verstanden werden – wie, dass z.B. Europa und die USA über den Kauf saudischen Öls den radikalen wahabitischen Islam überall auf der Welt, auch bei uns in Europa, finanzieren. Der Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energieträger ist somit auch ein Schlag gegen den Islamismus!

Gerade die beiden ersten Herausforderungen – die Abwendung der Klimakatastrophe und der weltweite Export einer Ökosozialen Marktwirtschaft, als Lösungsansatz für die Bewahrung der Schöpfung und die Herstellung sozialer Gerechtigkeit – können weder von Europas Nationalstaaten noch vom Staatenverbund EU in Angriff genommen werden. Die Nationalstaaten sind zu klein und die EU eben nur ein System von 27 Staaten, die schwer zu einem Konsens finden. In Fragen der Sicherheit – speziell der äußeren – sind Europas Nationalstaaten, mit und ohne EU, auf die USA angewiesen.



Europäische Föderation in einer EU (Flächenfarben) der Zukunft

Wir von Nova EUropa sind der Überzeugung, dass Europa – will es sein Schicksal und das Schicksal der Welt entscheidend mitgestalten, will es Subjekt und nicht Spielball der Geschichte sein, ein Global Player werden muss. Dazu bedarf es der Gründung eines europäischen Staates! Da es kaum realistisch ist, davon auszugehen, dass alle EU-Staaten von der Notwendigkeit der Umwandlung der EU in einen Bundesstaat zu überzeugen sind, schlagen wir die Gründung eines kerneuropäischen Staates – einer Europäischen Föderation – vor, die als Mitglied der EU, als deren Herz und Gravitationszentrum die Handlungsfähigkeit Europas sicherstellt.

Nach unserem Konzept soll dieser neue Staat von elf EU-Ländern gegründet werden – den sechs EWG-Gründerstaaten, Spanien, Portugal, Griechenland, Österreich und Slowenien. Warum diese elf Staaten und wie die Föderation und die EU dann funktionieren würden, erfährt Ihr am Freitag, den 22. Juni 2007 bei meinem Vortrag auf der Norica-Bude: "**Eine Europäische Föderation – Vision von einem handlungsfähigen Europa und einer gerechteren Welt**". Im Anschluss an das Referat diskutieren mit mir am Podium und mit Euch unser Präsidiumsmitglied **Nationalratspräsident a.D. Univ.-Prof. Dr. Heinrich Neisser** und **Mag. Christoph Korsec**, stellvertretender Obmann von Nova EUropa.

Im Internet erreicht Ihr Nova EUropa unter www.nova-europa.org

Mag. Karl Koller, Jahrgang 1962, hat an der Wirtschaftsuniversität Wien Betriebs- und Volkswirtschaft studiert; 1988-1992 Generalsekretär des ÖCV; Obmann der christlich-sozialen Plattform "Nova EUropa", die im Dezember 2003 gegründet wurde und sich für eine christlich-soziale Politik und eine Europäische Föderation einsetzt.